

Wege festgelegt werden.²⁸ Wilson sagte, er wolle sobald wie möglich kommen und nehme an, daß es Ende Februar oder Anfang März möglich sein werde. Das Gespräch endete gegen 18 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 12

48

Botschafter Federer, Kairo, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-890/65 geheim
Fernschreiben Nr. 101
Citissime mit Vorrang

Aufgabe: 1. Februar 1965, 14.10 Uhr¹
Ankunft: 1. Februar 1965, 14.14 Uhr

Im Anschluß an Drahtbericht Nr. 95 vom 31.1. geheim²

Nachstehend Aufzeichnung über mein gestriges Gespräch mit Präsident Nasser:

Das Gespräch fand in der privaten Residenz statt, in demselben Raum, in dem Ende des vorigen Jahres das Gespräch mit Präsident Gerstenmaier³ stattgefunden hatte. Ich begann das Gespräch mit dem Hinweis auf jene Unterredung, die von unserer Seite in der Hoffnung geführt worden sei, die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern auf eine neue Ebene zu stellen. Gerade gestern hätte ich noch von Bundestagspräsident Gerstenmaier gehört, daß es seinen Bemühungen gelungen sei, eine Mehrheit im Bundestag für ein Gesetz gegen Lieferungen von Waffen in Nicht-NATO-Länder⁴ zusammenzubekommen. Wir stünden im Begriff, in Wirtschaftsverhandlungen einzutreten mit dem Ziel, wieder einen namhaften Beitrag zum zweiten 5-Jahresplan der VAR zu leisten.⁵ Auch sei es uns eine Freude gewesen, in der damaligen Unterredung dem Präsidenten die Einladung der Bundesregierung überbringen zu können, die der Präsident auch angenommen habe.⁶ Präsident Nasser sagte, er

²⁸ Zur Vorbereitung des Besuchs des britischen Premierministers in der Bundesrepublik vgl. Dok. 93.

¹ Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

² Botschafter Federer, Kairo, faßte in einem ersten Drahtbericht über das Gespräch mit Präsident Nasser nur das Ergebnis zusammen und ging nicht auf den Verlauf der Unterredung ein. Vgl. dazu VS-Bd. 8448 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

³ Zur Unterredung des Bundestagspräsidenten mit dem ägyptischen Präsidenten am 22. November 1964 vgl. AAPD 1964, II, Dok. 352. Zum Besuch von Gerstenmaier in der VAR vgl. auch Dok. 10.

⁴ Zum Scheitern dieser Initiative des Bundestagspräsidenten vgl. Dok. 40, Anm. 11.

⁵ Zur Wirtschaftshilfe der Bundesrepublik an die VAR vgl. Dok. 9, Anm. 10.

Zum Vorschlag, die Leistungen an arabische Staaten aufzustocken, vgl. auch Dok. 32.

Die geplanten Wirtschaftsverhandlungen fanden allerdings infolge der sich zuspitzenden Nahost-Krise nicht statt. Vgl. dazu den Artikel „Minister Scheel sagt die Reise nach Kairo ab“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 29 vom 4. Februar 1965, S. 1 und 4.

⁶ Vgl. dazu Dok. 10, besonders Anm. 4.

habe sich noch nicht zu dem Termin äußern können. Ich erwiderte, daß die Einladung trotz der Unruhe, die die Nachricht über das Kommen Ulbrichts nach Kairo⁷ in der Bundesrepublik verursacht habe, bestehe, daß natürlich im Augenblick eine solche Reise nicht opportun sei, weil diese Unruhe erst abklingen müsse. Alles würde sich natürlich total verändern, falls es bei dem bliebe, was mir gerade heute vor einer Woche Marschall Amer gesagt habe⁸, nämlich, daß Ulbricht nach Kairo komme. Präsident Nasser erwiderte hierauf, daß dies zuträfe und daß daran nichts mehr zu ändern sei. Wenn ich mich nicht verhört habe, nannte er den 24. Februar als Besuchstermin.

Hierauf sagte ich dem Präsidenten, daß ich beauftragt sei, ihm zu erklären, daß die Bundesregierung dies als einen unsere Beziehungen sehr belastenden Schritt ansehe, dessen Konsequenzen unabsehbar seien.⁹ Darüber hinaus aber sei das deutsche Volk auf das tiefste empört. Er, Präsident Nasser, wisse vielleicht nicht, daß Ulbricht in der Bundesrepublik und in der Zone – wenn die Menschen auch dort nicht die Möglichkeit hätten, es auszusprechen – der bestgehaßte Mann sei. Insofern könnte ich auch nicht seinen Einwand (auf dem Präsident Nasser allerdings nicht weiter beharrte) gelten lassen, daß wir doch vor Jahren den Besuch Grotewohls¹⁰, ohne uns aufzuregen, hingenommen hätten. Es handele sich bei Ulbricht, der beanspruche, Staatsoberhaupt zu sein, um einen ganz anderen Fall.

Nasser begann nun – und zwar in erregt-verbittertem Ton – darauf hinzuweisen, daß wir immer nur an die Sorgen dächten, die uns die DDR bereite, daß wir aber nie Rücksicht auf die Sorgen nähmen, die Israel den Arabern bereite. Wir seien durch dick und dünn mit Israel verbunden. Wir lieferten nicht nur Waffen, sondern wir unterstützten auch die Wirtschaft Israels¹¹ und räumten Israel einen politischen Einfluß in der Bundesrepublik ein. Dies habe ihn nunmehr veranlaßt, dem jahrelangen Drängen Ulbrichts, ihn nach Kairo einzuladen, nachzugeben.

Ich entgegnete, daß nicht nur ich Verständnis für seinen Einwand gegen unsere Waffenlieferungen an Israel hätte. Er habe ja schon von Bundestagspräsident Gerstenmaier gehört, daß die Waffenlieferungen an Israel keineswegs die Billigung aller Deutschen fänden. Es sei dies eine Verpflichtung gewesen, die die jetzige Regierung aus der Regierungszeit Adenauers übernommen

⁷ Zur Einladung des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht durch Präsident Nasser vgl. zuletzt Dok. 41. Zum Besuch vom 24. Februar bis 2. März in der VAR vgl. Dok. 104.

⁸ Zum Gespräch des CDU-Abgeordneten Werner mit dem ägyptischen Vizepräsidenten vom 25. Januar 1965, bei dem auch Botschafter Federer, Kairo, anwesend war, vgl. Dok. 38, Anm. 3 und 7. Im Verlauf dieser Unterredung gab Amer auf die Frage, ob die Bundesrepublik noch Möglichkeiten habe, „durch entsprechende Handlungen“ einen Besuch des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht in der VAR zu verhindern, keine Auskunft, sondern sagte eine Antwort „für die nächsten Tage“ zu. Vgl. den Drahtbericht Nr. 67 von Federer vom 25. Januar 1965; VS-Bd. 8448 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

⁹ Zu den Instruktionen, die Botschafter Federer, Kairo, für dieses Gespräch erhielt, vgl. Dok. 39.

¹⁰ Zum Besuch des Ministerpräsidenten der DDR vom 4. bis 8. Januar 1959 in der VAR vgl. AUSSEN-POLITIK DER DDR VII, S. 560.

¹¹ Zur Wirtschaftshilfe an Israel vgl. Dok. 103.

habe.¹² Im übrigen sei ihm ja bekannt, wie kompliziert und belastet unser Verhältnis zu Israel nun einmal sei.

Die Bundesregierung habe keineswegs einseitig für Israel Partei ergriffen, sondern habe in gleicher Weise die arabischen Anliegen im Auge. Daher wolle sie keine weiteren Waffenlieferungsverträge mit Israel abschließen und sich mit einem namhaften Betrag am Aufbau der ägyptischen Wirtschaft beteiligen. Wir hätten in der Vergangenheit bewiesen – vor allem durch die vielen Projekte der technischen Hilfe –, daß unsere Beteiligung am Aufbau der VAR nicht nur eine kapitalistische Unternehmung (Präsident Nasser hatte nämlich eingeworfen, daß die VAR ihre Verpflichtung aus den mit uns abgeschlossenen Finanzverträgen erfüllt habe) gewesen sei, sondern Ausdruck unseres politischen Interesses an der VAR.

Diese Haltung der Bundesregierung, so fuhr ich fort, würde aber hinfällig werden mit dem Tage, an dem Ulbricht in Kairo erschiene.

Hiermit, so sagte ich, sei der amtliche Teil meines Besuches zu Ende, was ich jetzt sagen würde, befände sich außerhalb meiner Instruktion. Ich sei in dieses Land gekommen, nicht nur, um als Botschafter einen Erfolg zu haben, sondern weil ich dieses Land und seine Bevölkerung gern hätte. Es sei natürlich nicht meine Aufgabe, Präsident Nasser Ratschläge für das Wohl Ägyptens zu geben. Mit dem Besuch Ulbrichts füge er, Präsident Nasser, unserer Politik einen großen Schaden zu. Ich stünde nicht an, dies zuzugeben. Ich glaubte aber, daß die weitere Entwicklung auch nicht zum Segen des ägyptischen Volkes ausschlagen würde. Ich würde ihn daher sehr eindringlich noch einmal fragen, ob es nicht doch noch eine Möglichkeit gäbe, wie wir diesen, unseren beiden Völkern entstehenden Schaden abwenden könnten. Präsident Nasser, der diesen, meinen persönlichen Appell durchaus freundlich aufgenommen hatte, sah mich eine Weile an und gab keine Antwort.

Hierauf kam das Gespräch noch einmal auf die politische Bedeutung des Besuches von Ulbricht. Präsident Nasser sagte, daß er keine Anerkennung der DDR bedeute. Er wisse wohl, daß Marschall Amer mir eine diesbezügliche Erklärung der VAR-Regierung vor dem Besuch in Aussicht gestellt habe.¹³ Er sei aber nicht bereit, eine solche Erklärung abzugeben. Die VAR-Politik zur Frage des geteilten Deutschlands habe sich nicht geändert. Man habe nicht mit der DDR über eine formelle Anerkennung verhandelt. Wenn wir aber weiterhin Israel in der Weise, in der wir es täten, unterstützten, vor allem durch Waffenlieferungen, müßte er sich auch vorbehalten, Ulbricht die formelle Anerkennung zu gewähren. (Ulbricht habe seit 3 Jahren auf eine Einladung gedrängt.) Um ganz sicher zu sein, daß ich mich nicht verhört hätte, sagte ich dem Präsidenten: „Also wollen Sie uns zuerst den Besuch Ulbrichts in Kairo zumuten und später, wenn die Waffenlieferungen an Israel weitergehen, sich vorbehalten, auch noch die Anerkennung auszusprechen.“ Präsident Nasser bejahte dies. Hierauf erhob ich mich und erklärte, daß ich damit meinen Auf-

¹² Vgl. dazu Dok. 2.

¹³ Zu der diesbezüglichen Mitteilung des ägyptischen Vizepräsidenten, die von Brigadegeneral Khalil übermittelt wurde, vgl. den Drahtbericht Nr. 74 des Botschafters Federer, Kairo, vom 26. Januar 1965; VS-Bd. 8448 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

trag als beendet betrachte. Er schüttelte mir die Hand und fragte mich, ob ich nach Bonn führe, woraufhin ich ihm erwiderte, daß dies von einer Weisung meiner Regierung abhinge.

Ich hatte bei dem Gespräch von Anfang an den Eindruck, daß der Besuch Ulbrichts eine völlig entschiedene Sache war.¹⁴ Die Information, die ich vor einer Woche von Marschall Amer und dem Brigadier Mahmoud Khalil bekommen hatte, daß die Entscheidung noch nicht irrevokabel sei, muß offensichtlich falsch gewesen sein.¹⁵ Ich hatte den Eindruck, daß Nasser den Konsequenzen dieses Schrittes unberührt entgegensieht. In seiner Argumentation gab er sich auch gar nicht die Mühe, meine Einwände wirklich zu entkräften. Es war offensichtlich, daß er fest gebunden war. Nach meinem Eindruck hat hierbei der Besuch Schelepins in Kairo am Jahresende¹⁶ eine entscheidende Rolle gespielt.

Bericht mit politischer Beurteilung folgt.¹⁷

[gez.] Federer

VS-Bd. 8448 (Ministerbüro)

¹⁴ Am 6. Februar 1965 informierte Staatssekretär Carstens die Botschaften im Nahen und Mittleren Osten, das Gespräch des Botschafters Federer, Kairo, mit Präsident Nasser habe ergeben, daß nun fest mit einem Besuch des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht in der VAR gerechnet werden müsse. Die Bundesregierung plane jedoch, in der Woche vom 14. bis 21. Februar 1965 „in einige oder alle arabischen Länder – außer VAR – Sonderbotschafter zur Erläuterung unseres Standpunktes und zur Bekräftigung unseres Willens zur deutsch-arabischen Zusammenarbeit zu entsenden“. Vgl. den Runderlaß Nr. 499; VS-Bd. 2637 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1965. Vgl. dazu weiter Dok. 61.

¹⁵ Noch am 30. Januar 1965 berichtete Botschafter Federer, Kairo, eine „Präsident Nasser nahestehende Persönlichkeit“ habe ihm mitgeteilt, daß „doch noch eine Chance“ bestünde, den Besuch des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht in der VAR zu verhindern, „sofern wir Nasser zu einem politischen Erfolg verhelfen, der [eine] Brückierung der DDR vor arabischer Welt rechtfertigen würde“. Ein solcher Erfolg würde die umgehende Einstellung aller Waffenlieferungen an Israel bedeuten. In diesem Zusammenhang bedauerte Federer die am 29. Januar 1965 an ihn ergangene Weisung des Bundesministers Schröder, er könne gegenüber Nasser nicht erklären, daß ein Teil der mit Israel vereinbarten Waffenlieferungen nicht ausgeführt würde. Diese Entscheidung, so Federer, gebe ihm „keine Möglichkeit mehr, obige Chance wahrzunehmen“. Für den Drahtbericht Nr. 89 sowie den Drahterlaß Nr. 63 vgl. VS-Bd. 8448 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

¹⁶ Zum Besuch des Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR vom 22. bis 29. Dezember 1964 in der VAR und zur wirtschaftlichen Unterstützung der VAR durch die UdSSR vgl. Dok. 10, Anm. 8.

¹⁷ Bundeskanzler Erhard rief Botschafter Federer, Kairo, zur Berichterstattung nach Bonn. Vgl. dazu BULLETIN 1965, S. 153. Daher berichtete Federer am 1. Februar 1965 dem Bundeskanzler mündlich über sein Gespräch mit Staatspräsident Nasser. Vgl. dazu OSTERHELD, Außenpolitik, S. 154.